



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Unterbezirk Ennepe-Ruhr

Unterbezirksparteitag der SPD Ennepe-Ruhr am
25. Juni 2016

Seite: 1

Empfehlungen der
Antragskommission:

Beschlossen in folgender Fassung

1 Antrags-Nr.: 1

2

3 Antragsteller: Unterbezirksvorstand

4

5 **Deutschland: gerechter!**

6

7 Die Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte hat dazu geführt,
8 dass unsere Gesellschaft ungerechter geworden ist. Ob im Hin-
9 blick auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Chan-
10 cen zum sozialen Aufstieg durch Bildung oder die Partizipations-
11 möglichkeiten aller sozialen Schichten an der Zivilgesellschaft, in
12 jedem Bereich des öffentlichen Lebens hat die Ungleichheit sowie
13 die räumliche Trennung von armen und reichen Bevölkerungs-
14 gruppen (Segregation) zugenommen, sowohl in der subjektiven
15 Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger als auch mit Blick auf
16 die objektiv messbaren Kennzahlen.

17 Die SPD muss wieder Vorreiter sein, um eine gerechtere Gesell-
18 schaft zu bauen, in der die Kluft zwischen Arm und Reich wieder
19 verringert wird anstatt immer weiter auseinander zu driften, in der
20 Kinder nicht nach den Abschlüssen oder Finanzen ihrer Eltern
21 beurteilt und gefördert werden, sondern nach ihren eigenen Talen-
22 ten und in der es eine breite Mittelschicht mit Teilhabemöglichkei-
23 ten für alle Menschen gibt, anstatt eine immer tiefer gespaltene
24 Gesellschaft mit einem verfestigten Bodensatz komplett abge-
25 hängter Schichten.

26 Dazu müssen endlich wirkungsvolle Maßnahmen in allen Feldern
27 politischen Handelns ergriffen werden, die geeignet sind, diese
28 seit Ende der 1990er Jahre anhaltende Fehlentwicklung umzukeh-
29 ren. Zentrale Botschaft der SPD im Bundestagswahlkampf 2017
30 und Grundbedingung für eine spätere eventuelle Regierungsbetei-
31 ligung muss die Umsetzung einer gerechteren, gleicheren und
32 gemeinwohlorientierteren Gesellschaftsordnung sein.

33 Politische Aktionen, die auf die Verringerung des Unterschiedes
34 zwischen Arm und Reich abzielen, sind außerdem in der Bevölke-
35 rung dringend gewünscht. In einer aktuellen Studie im Auftrag der
36 Friedrich-Ebert-Stiftung („Wachsende Ungleichheit als Gefahr für
37 nachhaltiges Wachstum“) werden Maßnahmen wie steuerliche
38 Entlastung von niedriger bzw. steuerlicher Mehrbelastung von
39 hohen Einkommen und Vermögen mit Zustimmungswerten von
40 deutlich über 70 Prozent geführt. Dies gilt, mit Variationen auf ho-



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Unterbezirk Ennepe-Ruhr

**Unterbezirksparteitag der SPD Ennepe-Ruhr am
25. Juni 2016**

Seite: 2

Empfehlungen der
Antragskommission:

41 hem Niveau, für sämtliche Bildungs- und auch Einkommensgrup-
42 pen, sodass auch die einkommensstärksten Befragten zu gut 70
43 Prozent höhere Steuern auf ihr eigenes Einkommen befürworten.

44

45 **Das läuft falsch in Deutschland**

46 Führende Soziologen wie der Darmstädter Elitenforscher Michael
47 Hartmann warnen bereits seit Jahren vor der ständig zunehmenden
48 Absetzbewegung nicht nur der wirtschaftlichen Eliten des
49 Landes. In seinen Untersuchungen konnte der Sozialwissen-
50 schaftler wiederholt zeigen, dass sich Eliten gerade in der Wirt-
51 schaft – aber auch in Verwaltung, Medien oder Justiz – immer
52 wieder selbst reproduzieren. Die Chefs von heute sind also meist
53 die Kinder der Chefs von gestern. Dies belegen die zahlreichen
54 Untersuchungen des Soziologen auch quantitativ: in einer verglei-
55 chenden Untersuchung des Karrierewegs von 6.500 Promovierten
56 der Rechts- Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften konnte er
57 zeigen, dass die Chancen auf einen Chefposten in hohem Maße
58 von der sozialen Herkunft der Doktoren (also der Inhaber des
59 höchsten Bildungsabschlusses in Deutschland) abhängen. Von
60 den Promovierten aus der Arbeiterklasse und der Mittelschicht hat
61 es nur ungefähr jeder Elfte bis in die Chefetage geschafft. Bei ei-
62 ner sozialen Herkunft aus dem gehobenen Bürgertum jeder Achte.
63 Und wer aus dem Großbürgertum stammt, hat bereits eine Chan-
64 ce von eins zu vier, einmal Chef zu werden. Ebenfalls zeigen
65 Hartmanns Untersuchungen, dass gerade dieser regelrecht „ver-
66 erbte“ Elitenstatus, der mit der frühen Gewöhnung an Reichtum
67 und Einfluss einhergeht, eine weitere Segregation der Gesell-
68 schaft nach sich zieht. Während heutige Firmeninhaber, Ge-
69 schäftsführer oder Vorstände, die aus dem Großbürgertum stam-
70 men und somit bereits als Kinder großen Reichtum erlebt haben,
71 zu fast drei Vierteln eine Abneigung gegen höhere Steuern zur
72 solidarischen Finanzierung des Gemeinwesens in Deutschland
73 haben, befürworten mehr als die Hälfte solcher „Eliten“, die in Ar-
74 beiterfamilien oder der Mittelschicht herangewachsen sind, höhere
75 Steuern im Gegenzug für ein ausgeglicheneres Sozialsystem.

76

77



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Unterbezirk Ennepe-Ruhr

Unterbezirksparteitag der SPD Ennepe-Ruhr am
25. Juni 2016

Seite: 3

Empfehlungen der
Antragskommission:

78 Seit einiger Zeit stimmen in diesen Kanon nicht nur andere Sozi-
79 alwissenschaftler mit ein, sondern auch immer mehr Ökonomen
80 konstatieren eine frappierende Ungerechtigkeit in Deutschland
81 und warnen teils vehement vor den gesellschaftlichen Verwerfun-
82 gen, die die Folge davon sein können. Marcel Fratzscher, Direktor
83 des Deutschen Instituts für Wirtschaft, schlägt in seinem aktuellen
84 Buch drastisch Alarm indem er feststellt, dass kaum ein anderes
85 industrialisiertes Land eine so geringe Chancengleichheit auf-
86 weist wie Deutschland. So hat ein Arbeiterkind je nach Bundes-
87 land eine bis zu sechsmal geringere Chance auf das Abitur als
88 das Kind eines Beamten. Und trotz der weitgehenden Abschaf-
89 fung von Studiengebühren in ganz Deutschland hängt der erfolg-
90 reiche Abschluss eines Studiums heute so stark wie nie zuvor
91 vom Geldbeutel der Eltern ab. Dass dieser sehr ungleichmäßig
92 gefüllt ist, zeigen die aktuellen Zahlen des OECD-Sozialberichtes
93 für das Jahr 2015. Demnach besitzen die reichsten 10 Prozent der
94 deutschen Haushalte 60 Prozent des Nettovermögens, wohinge-
95 gen die gesamte ärmere Hälfte praktisch kein Vermögen ihr Eigen
96 nennt. Erstmals konnte hier auch belegt werden, dass eine wach-
97 sende ökonomische Ungleichheit die wirtschaftliche Entwicklung
98 eines Landes nachhaltig beeinträchtigt. Die OECD beziffert das
99 Wachstumsdefizit aufgrund der großen Schere zwischen Arm und
100 Reich in Deutschland auf 4,7 Prozent zwischen 1990 und 2010.
101 Anders ausgedrückt: das deutsche Sozialprodukt könnte heute
102 um rund 83 Mrd. US-Dollar pro Jahr höher sein, hätte unsere
103 Volkswirtschaft nicht mit den schädlichen Nebenwirkungen der
104 immer größeren Ungleichheit zwischen Arm und Reich zu kämp-
105 fen.

106 Um eine dauerhaft funktionierende, gerechte und prosperierende
107 Gesellschaft zu erhalten, müssen demnach vier Kernprobleme
108 überwunden werden:

109

- 110 1. Die Ungleichheit sowohl beim Einkommen als auch bei
111 den Vermögen muss effektiv verringert werden.
- 112 2. Die starke Anhängigkeit des Bildungswesens vom Bil-
113 dungsstand bzw. sozialem und ökonomischen Status der
114 Eltern muss aufgebrochen werden.

115





Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Unterbezirk Ennepe-Ruhr

Unterbezirksparteitag der SPD Ennepe-Ruhr am
25. Juni 2016

Seite: 4

Empfehlungen der
Antragskommission:

- 116 3. Die Durchlässigkeit der deutschen Gesellschaft, also der
117 Chancen für einen sozialen Aufstieg in allen Bereichen des
118 öffentlichen Lebens, muss erhöht werden, so dass sich Eli-
119 ten nicht automatisch selbst reproduzieren, sondern Füh-
120 rungspositionen in der Gesellschaft nach Leistung verge-
121 ben werden.
- 122 4. Eine derzeit vorhandene, weitgehend verfestigten Bevölke-
123 rungsschicht, die praktisch von allen Bereichen des sozia-
124 len Lebens abgehängt ist und deren Kinder nur eine mini-
125 male Chance auf einen Aufstieg haben, muss wieder an
126 die Mitte der Gesellschaft herangeführt werden.
127

128 **Deutschland: gerechter – aber wie?**

129 In Deutschland wie auch den meisten anderen Ländern Europas
130 ist die Sozialdemokratie diesen drängenden Problemen lange Zeit
131 aus dem Weg gegangen, hat sie ignoriert oder durch eigenes Re-
132 gierungshandeln sogar noch befördert. Dies hat zu einem tiefen
133 Misstrauen bzw. zu einer grundlegenden Gleichgültigkeit der
134 Menschen gegenüber sozialdemokratischen Parteien in Europa
135 im Allgemeinen und der SPD im Besonderen geführt. Der SPD
136 wird schlicht nicht mehr zugetraut, etwas gegen soziale Ungleich-
137 heit oder Ungerechtigkeit innerhalb der Zivilgesellschaft unter-
138 nehmen zu wollen, geschweige denn diesen Willen – so er denn
139 überhaupt für bare Münze genommen wird – in die Tat, also akti-
140 ves Regierungshandeln, umzusetzen.

141 Die Wirkmacht von Politik, besonders sozialdemokratischer Poli-
142 tik, ist damit grundsätzlich in Frage gestellt. Daher müssen wir mit
143 umso entschlosseneren Maßnahmen und umfassenden Hand-
144 lungskonzepten das Primat der Politik im Hinblick auf die grund-
145 legende Organisation bzw. das Funktionieren unserer Gesell-
146 schaft durchsetzen. Nur durch tiefgreifende Umsteuerungen in der
147 Sozial- und Fiskalpolitik kann es gelingen, eine weitere Segregati-
148 on unserer Gesellschaft in Reich und Arm, privilegiert und abge-
149 hängt, gebildet und aussortiert zu verhindern bzw. wieder zu einer
150 stärker mittenzentrierten Gesellschaftsordnung zu kommen. Ein
151 bloßes Justieren einzelner Stellschrauben ist nicht mehr ausrei-
152 chend dazu, es müssen vielmehr grundlegende Reformen im So-
153 zial- und Steuerrecht dafür sorgen, dass Deutschland wieder ein

154 Land der Aufsteiger wird anstatt ein Tummelplatz althergebrachter
155 Geldeliten und marktradikaler Globalisierungsgewinner zu sein.
156 Ein derartiger Umbau geht daher zwangsläufig mit einer deutlich
157 stärkeren Umverteilung von Einkommen und Vermögen einher,
158 die einerseits die fiskalischen Fehlentwicklungen der letzten bei-
159 den Jahrzehnte korrigiert und andererseits dadurch die Mittel be-
160 reit stellt, in eine Zukunft der Talente zu investieren anstatt eine
161 Gegenwart der Privilegien zu zementieren. Dies bedeutet im Ein-
162 zeln:

163

164 1. Die Progressionsstufen der Einkommensteuer müssen
165 ausgebaut werden. Der derzeitige reguläre Spitzensteuer-
166 satz von 42 Prozent wird bereits ab einem jährlichen Ein-
167 kommen von 53.666 Euro fällig, was z. B. dem Gehalt ei-
168 nes erfahrenen Facharbeiters in Industrie- oder Automobil-
169 Betrieben entspricht. Eine weitere Progressionsstufe („Rei-
170 chensteuer“, 45 Prozent) wird erst ab einem Einkommen
171 von mehr als einer Viertelmillion Euro fällig. Hier besteht
172 somit Korrekturbedarf: Der reguläre Spitzensteuersatz
173 kann nicht bereits für einen Facharbeiter greifen, es müs-
174 sen also weitere Progressionsstufen in den Einkommen-
175 steuertarif eingezogen werden. Die sog. „Reichensteuer“
176 ab einer Viertelmillion Euro Jahreseinkommen ist dann
177 entsprechend mit einem Steuersatz von deutlich über 50
178 Prozent anzusetzen. Die so gewonnenen Einkünfte durch
179 die stärkere Besteuerung hoher Einkommen sollten insbe-
180 sondere verwendet werden, um Ungerechtigkeiten des
181 Einkommensteuertarifs wie den bekannten „Mittelstands-
182 bauch“, also die überproportional starke Zunahme des
183 Steuersatzes für bestimmte Einkommensgruppen, zu kor-
184 rigieren.

185

186 2. Die seit dem Jahr 1997 ausgesetzte Vermögenssteuer
187 muss als Mittel der Umverteilung wieder erhoben werden.
188 Die dazu getroffene Entscheidung des Bundesverfas-
189 sungsgerichtes erlaubt ausdrücklich die Besteuerung von
190 Vermögen, sofern sie regelmäßig aus den zu erwartenden

191 Erträgen („Sollerträgen“) des Vermögens bestritten werden
192 kann. Dies schließt explizit auch einen gewissen Grad an
193 Substanzbesteuerung ein, sofern dies nur temporär, etwa
194 während einer Wirtschaftskrise, der Fall ist. Da das Anhäu-
195 fen großer Geldvermögen – im Gegensatz zu etwa dem
196 Aufbau eines Betriebsvermögens – nicht dem wirtschaftli-
197 chen Wohlergehen einer Volkswirtschaft dienlich ist, die im
198 Gegenteil auf die Zirkulation von Geldmitteln angewiesen
199 ist, darf der bloße Erwerb und langfristige Besitz von
200 Reichtum auch gesellschaftlich nicht das akzeptierte Maß
201 für Ansehen und Einfluss sein. Es ist daher nur folgerichtig,
202 wenn große Vermögen mit einer Steuer belegt werden, die
203 im Zweifel auch so hoch ist, dass die Vermögenssubstanz
204 bei bloßer Verwaltungstätigkeit abschmilzt. Die dadurch
205 entstehende Umverteilung trägt wiederum zum volkswirt-
206 schaftlichen Wachstum bei.

207
208 3. Eine Sonderstellung in der Diskussion um Vermögensein-
209 künfte nimmt regelmäßig die von Peer Steinbrück einge-
210 führte pauschale Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge in
211 Höhe von 25 Prozent ein. Bei ihrer Einführung vor ca. zehn
212 Jahren war dies ein Versuch, Steuerbetrug durch Verlage-
213 rung von Kapital ins Ausland einzudämmen. Da jedoch in
214 den vergangenen Jahren wesentliche Fortschritte beim au-
215 tomatischen Austausch von Steuerdaten mit vielen als
216 „Steueroasen“ geltenden Ländern wie etwa Österreich, der
217 Schweiz und Luxemburg gemacht wurden, ist dieses In-
218 strument nicht mehr zeitgemäß. Eine Abschaffung der
219 pauschalen Besteuerung von Kapitalerträgen – mutmaß-
220 lich weit unter dem typischen Satz des Steuerpflichtigen für
221 Einkommen etwa aus Erwerbsarbeit – ist somit zwingend
222 geboten. Es sollten vielmehr die Steuersätze des regulä-
223 ren Einkommensteuertarifes auch für Kapitalerträge An-
224 wendung finden.

225

226

227

228

229

230

231

232

233

234

235

236

237

238

239

240

241

242

243

244

245

246

247

248

249

250

4. Die immer weiter voranschreitende Globalisierung hält neben vielen anderen auch Herausforderungen für das Steuerrecht bereit. Insbesondere eröffnen sich multinational operierenden Unternehmen Möglichkeiten, Gewinne aus ihrer Tätigkeit in Hochsteuer-Ländern in solche Länder mit deutlich niedrigeren – oft auch gar keinen – Steuern auf bestimmte Arten von Gewinnen zu verlagern. Dieses Finanzgebaren großer Konzerne ist nicht nur ein Problem für die Haushalte von Ländern wie Deutschland (hier gehen dem Fiskus durch „Steuroptimierung“ nach Schätzungen des DIW jährlich 30 Mrd. Euro verloren), es stellt auch eine enorme Lücke im Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger dar und ist ein unlauterer Wettbewerbsvorteil gegenüber mittelständischen Unternehmen, die diese ausufernden Möglichkeiten zur Steuergestaltung nicht nutzen können oder auch wollen. Daher sind neben nationaler Gesetzgebung zwingend Initiativen auf europäischer Ebene und darüber hinaus notwendig, um Schlupflöcher effektiv zu schließen. Das Bekanntwerden der sogenannten „Panama-Papiere“ zeigt deutlich die Notwendigkeit einer solchen transnationalen Initiative für mehr Steuergerechtigkeit. Auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist dringend geboten.

251

252

253

254

**Erbschaftsteuer gerecht ausgestalten – Aufkommen erhöhen
und Arbeitsplätze erhalten**

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

Die Bundesregierung hat am 20. Juni 2016 einen Vorschlag zur durch das Bundesverfassungsgericht geforderten Reform der Erbschaftssteuer gemacht. Diesen Vorschlag betrachten wir als unzureichend, denn die vom BVerfG monierte übergebührliche Bevorzugung von Firmenerben wird nicht hinreichend stringent geregelt sondern unter dem pauschalen Verweis auf die Sicherung von Arbeitsplätzen, jedoch ohne jeden Beleg dafür, nur unwesentlich korrigiert. Wir bitten die MdBs des Ennepe-Ruhr-Kreises daher ein-



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Unterbezirk Ennepe-Ruhr

Unterbezirksparteitag der SPD Ennepe-Ruhr am 25. Juni 2016

Seite: 8

Empfehlungen der
Antragskommission:

- 266 dringlich, diesem faulen Kompromiss ihre Zustimmung im
267 Deutschen Bundestag zu versagen.
268 Wir fordern eine Reform der Erbschaftssteuer, die ihre Funk-
269 tion als Umverteilungsinstrument für leistungsloses Einkom-
270 men und damit ihrem Anspruch als einer der wichtigsten
271 Ausgleichsmechanismen unserer Gesellschaft gerecht wird.
272 Für eine Novelle der Erbschaftssteuer müssen daher folgen-
273 de Punkte erfüllt werden:
- 274 • Die bisher geltenden Freibeträge für Verwandte in direkter
275 Linie sowie selbstgenutztes Wohneigentum entfallen.
276 Stattdessen wird ein Freibetrag von einer Million Euro pro
277 Erblasser festgeschrieben, der von diesem nach eigener
278 Entscheidung testamentarisch auf seine Erben ohne
279 Rücksicht auf etwaige verwandtschaftliche Verhältnisse
280 verteilt werden kann. Erfolgt dies nicht, so ist sämtliches
281 vererbtes Vermögen voll steuerpflichtig.
 - 282 • Die großzügigen Ausnahmen von der Besteuerung für
283 vererbtes Betriebsvermögen müssen – entsprechend den
284 Vorgaben des BVerfG – stringenter geregelt werden.
285 Natürlich besitzt der Erhalt von Arbeitsplätzen für uns hohe
286 Priorität, jedoch darf er nicht als Totschlagargument
287 herhalten, um jegliche Besteuerung von Betriebsvermögen
288 zu verhindern. So fallen nach der aktuellen Regelung
289 lediglich für Unternehmen mit einem Wert jenseits von 26
290 Millionen Euro überhaupt Steuern an, das entspricht
291 gerade einmal zwei Prozent der Fälle. Hier kann die
292 Steuerbasis deutlich verbreitert werden, ohne Arbeitsplätze
293 zu gefährden. Ebenfalls könnten, stärker als heute,
294 Steuerzahlungen über mehrere Jahre gestreckt werden
295 anstatt in einer Summe eingefordert zu werden. So ist eine
296 gerechte Besteuerung bei gleichzeitigem wirtschaftlichem
297 Fortbestehen des vererbten Betriebs leichter realisierbar.
298 effektiv bekämpft werden.
 - 299 • Auch gängige Missbrauchs-Modelle, bei denen etwa
300 private Wertgegenstände wie Immobilien,
301 Wertpapierdepots oder Sammlungen kurzerhand zum
302 Firmenvermögen hinzugezählt werden, um der
303 Besteuerung zu entgehen, müssen effektiv bekämpft
304 werden.

305
306 **Was wir erreichen wollen**





Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Unterbezirk Ennepe-Ruhr

Unterbezirksparteitag der SPD Ennepe-Ruhr am
25. Juni 2016

Seite: 9

Empfehlungen der
Antragskommission:

307 Die Mär vom „schlanken Staat“ ist endgültig entzaubert: Die Ent-
308 wicklung der deutschen Zivilgesellschaft über die letzten zwei
309 Jahrzehnte hinweg hat deutlich gemacht, dass eine immer stärker-
310 re Selbstentmachtung von Politik und Staat, getrieben durch eine
311 neoliberale Ideologie von niedriger Staatsquote und von Austeri-
312 tät, nicht zum Wohle des ganzen Volkes beiträgt, sondern im Ge-
313 genteil nur einer kleinen, privilegierten Gruppe nützt während ein
314 immer größerer Bevölkerungs-Anteil aus der Mehrheitsgesell-
315 schaft komplett ausgeschlossen wird.

316 Das durch die o.g. Maßnahmen zusätzlich zur Verfügung stehen-
317 des Geld muss daher in die Stärkung staatlicher Handlungs- und
318 Gestaltungsfähigkeit investiert werden. Diese macht sich an drei
319 zentralen Punkten fest:

- 320 • Wie wir das grundsätzliche Wohlergehen eines jeden Ein-
321 zelnens so weit absichern, dass die größten Lebensrisiken
322 durch einen funktionierenden Sozialstaat generationen-
323 übergreifend aufgefangen werden und so auch die
324 Schwächsten einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft
325 haben.
- 326 • Wie wir unsere Kinder ausbilden, damit sie ein selbstbe-
327 stimmtes Leben nur geleitet durch ihre Talente, nicht ihre
328 Herkunft, führen können.
- 329 • Wie wir unser Land mit seinen Städten, Verkehrswegen
330 und Versorgungseinrichtungen erhalten und weiter aus-
331 bauen anstatt „von der Substanz“ zu leben und so die Zu-
332 kunft bereits heute aufzuzehren.
- 333 • Wie wir Recht und Gesetz durchsetzen, sodass alle Men-
334 schen in Deutschland sicher leben können und die öffentli-
335 che Ordnung sowie die Justiz dauerhaft dem Gerechtig-
336 keitsempfinden der Menschen entspricht.

337
338 Deshalb müssen die folgenden Forderungen in das Wahlpro-
339 gramm für die Bundestagswahl 2017 aufgenommen und zu zent-
340 ralen Bedingungen für etwaiges Regierungshandeln bis 2021
341 werden:
342



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Unterbezirk Ennepe-Ruhr

Unterbezirksparteitag der SPD Ennepe-Ruhr am 25. Juni 2016

Seite: 10

Empfehlungen der
Antragskommission:

- 343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
1. Die Progressionsstufen der Einkommensteuer müssen ausgebaut werden um Ungerechtigkeiten im Steuersystem zu korrigieren. Der reguläre Spitzendsatz darf nicht bereits beim Gehalt eines erfahrenen Facharbeiters greifen, es müssen weitere Stufen eingebaut werden. Die sog. „Reichensteuer“ ab einer Viertelmillion Euro Jahreseinkommen ist mit einem Steuersatz von deutlich über 50 Prozent anzusetzen.
 2. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Mittel der Umverteilung unter Berücksichtigung eines Schutzes für Betriebsvermögen.
 3. Die Abschaffung der pauschalen Besteuerung von Kapitalerträgen und dafür die Einführung der Steuersätze des regulären Einkommensteuertarifes auch für Kapitalerträge unter Beibehaltung des Sparerfreibetrages.
 4. Eine internationale Initiative für mehr Transparenz in der internationalen Finanzwirtschaft und für mehr Steuergerechtigkeit, so dass sich weltweit operierende Konzerne keine Schlupflöcher mehr zunutze machen können, die den öffentlichen Haushalten dringend benötigte Mittel vorenthalten und einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen darstellen.
 5. Die Einführung eine Finanztransaktionssteuer über möglichst viele Finanzplätze hinweg.
 6. Die Erbschaftssteuer muss novelliert werden und muss ihrer Funktion als Umverteilungsinstrument für leistungslose Einkommen gerecht werden.